

Regling, Klaus

Article

Umbruch der Weltwirtschaft: welche Chancen hat der Innovations- und Produktionsstandort Deutschland? - Expertengespräch

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Regling, Klaus (2007) : Umbruch der Weltwirtschaft: welche Chancen hat der Innovations- und Produktionsstandort Deutschland? - Expertengespräch, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 60, Iss. 12, pp. 5-7

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/164436>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Klaus Regling

Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen,
Europäische Kommission

Ist die Frage nach den Chancen Deutschlands als Innovations- und Wachstumsstandort unzeitgemäß? Deutschland profitiert ja gerade von einem überraschend starken Aufschwung und ist nicht länger das Schlusslicht in Europa. Die schrittweise Überwindung der ökonomischen Probleme der Wiedervereinigung, erste Arbeitsmarktreformen und Strukturanpassungen der Unternehmen zeigen ihre Wirkung. Doch ist Deutschland damit auch den Anforderungen gewachsen, die sich aus den strukturellen Umbrüchen der Weltwirtschaft und aus dem unausweichlichen demographischen Wandel ergeben?

Die Antwort besteht – wie so oft bei Ökonomen – aus einem »einerseits«/»andererseits«. Auf der einen Seite gibt es berechtigten Anlass zur Zuversicht für die Wirtschaftsentwicklung der nächsten Jahre; sie wird aus den folgenden Gründen besser sein als in den letzten Jahren:

Erstens, Deutschland hat in einem langen Anpassungsprozess die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wieder gewonnen. Seit 1995 verringerte sich Deutschlands realer, anhand nominaler Lohnstückkosten berechneter Wechselkurs um etwa 20% und hat wieder das Niveau von vor der Wiedervereinigung erreicht. Das ist der Hauptgrund, warum Deutschland in den vergangenen Jahren unter den hochentwickelten OECD-Ländern das stärkste Exportwachstum hatte.

Zweitens, Deutschland profitiert in ganz besonderem Maße von der Globalisierung. Gemessen am Anteil des Handels am Bruttoinlandsprodukt ist Deutschland wesentlich offener als andere große Länder des Eurogebietes. Die stärkere internationale Arbeitsteilung erhöht die Produktivität von Unternehmen, erlaubt ein stärkeres Wachstum und erhöht den Lebensstandard. Darüber hinaus profitiert Deutschland durch die besonders hohe Nachfrage nach Kapitalgütern aus den rasch wachsenden Entwicklungs-

und Schwellenländern und durch niedrigere Preise für importierte Güter.

Drittens, der Aufschwung in Deutschland steht auf zunehmend breiten Schultern. Der zunächst durch die Auslandsnachfrage getragene Aufschwung verlagert sich durch anziehende Investitionstätigkeit und eine deutliche Ausweitung der Beschäftigung zu einer verstärkt von der Inlandsnachfrage getragenen Expansion der Wirtschaft. Die Zuversicht der Verbraucher und ihre Konsumneigung steigen.

Schließlich, viertens, als Mitgliedsland der Europäischen Union und des Eurogebietes profitiert Deutschland nicht nur von einem riesigen Binnenmarkt, sondern auch von einer stabilen Währung und einem in sich stimmigen Wirtschaftsrahmen, der darauf ausgerichtet ist, Wachstum, Beschäftigung und Innovation in Europa voranzubringen. Mit knapp 500 Mill. Konsumenten ist der europäische Binnenmarkt der größte zusammenhängende Wirtschaftsraum weltweit. Deutschen Unternehmen verschafft dieser Markt wichtige Standortvorteile. Die EU ist nicht nur ein wichtiger Exportmarkt – rund zwei Drittel der deutschen Exporte gehen in andere EU-Mitgliedstaaten – der Wegfall von Handelschranken erhöht auch die Wettbewerbsintensität unter den Unternehmen in Europa und erzeugt so positive Innovationsimpulse und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf den Weltmärkten. Zudem kommen deutsche Verbraucher in den Genuss niedrigerer Preise und höherer Produktvielfalt.

Die Lissabon-Strategie setzt schließlich einen europäischen Wirtschaftsrahmen, der Deutschland darin unterstützt und ermutigt, Strukturreformen entschlossen umzusetzen, die notwendig sind, um Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Innovation in Deutschland nachhaltig zu stärken.

Dies ist das »einerseits«: Wir können – kurzfristig gesehen – durchaus zuversichtlich sein. »Andererseits« sind mittel- und langfristig gewaltige Probleme absehbar, auf die die Politik reagieren muss.

Die Kommission schätzt derzeit das Potentialwachstum der deutschen Volkswirtschaft auf nur rund 1³/₄%. Der gegenwärtige Boom zeigt, wie eng die Grenzen sind, welche die deutsche Wirtschaftsstruktur dem Wachstum setzt. Bereits bei einer Wachstumsrate von unter 3%, machen sich Produktionsengpässe und Fachkräftemangel bemerkbar. Wenn nichts geschieht, wird die demographische Entwicklung das deutsche Potentialwachstum in den nächsten Jahren drastisch verringern.

Was ist zu tun? Ein höheres Potentialwachstum der deutschen Volkswirtschaft ist möglich. Aber dafür sind weitere, in sich schlüssige Reformen notwendig. Eine jüngst veröf-

fentlichte Studie meiner Generaldirektion (Directorate-General for Economic and Financial Affairs, European Commission 2007a) zum deutschen Wachstumspotential nennt verschiedene »Baustellen«:

Die Wirtschaftspolitik muss einerseits für ein wirtschaftsfreundliches Umfeld sorgen, in dem Anpassungen an den globalen Wettbewerb rascher erfolgen können. Die derzeitige weltweite Arbeitsteilung wird sich weiter verändern. Entscheidend sind daher eine weitere Deregulierung von Arbeits- und Produktmärkten, auch der Finanzmärkte, eine einfachere Steuergesetzgebung, bessere Aus- und Weiterbildung und Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsquote.

Gleichzeitig muss aber den Menschen auch die erforderliche Sicherheit gegeben werden, mit dem ständigen Wandel leben zu können. Hierzu gehört die Förderung des lebenslangen Lernens; Lockerungen des Kündigungsschutzes sollten von Maßnahmen zur schnelleren Eingliederung von Arbeitslosen ins Berufsleben begleitet werden. Einige skandinavische Länder wenden solche »Flexicurity«-Modelle erfolgreich an.

Im Zuge der Integration der Weltwirtschaft nimmt auch die Geschwindigkeit zu, mit der sich Produktionsvorteile ändern. Bereiche, in denen Deutschland heute noch unschlagbar scheint, wie z.B. im Maschinenbau, könnten längerfristig gefährdet sein. Der traditionelle Standortvorteil Europas einer besonders gebildeten Bevölkerung und einer ausgezeichneten Infrastruktur verringert sich relativ gesehen seit einiger Zeit. Schon jetzt zeigt sich, dass Deutschlands Stärke eher im medium-tech Bereich liegt, während die Hochtechnologiebranchen relativ unterbesetzt sind. Neue Produktionsvorteile zu erarbeiten, setzt hohe Forschungs- und Bildungsanstrengungen voraus.

Benötigt wird daher eine Politik zur Stärkung der Innovationsfähigkeit Deutschlands. Das erfordert mutige Reformen ins deutsche Bildungssystem, das – wie sich ja herumgesprochen hat – längst nicht mehr zur Weltspitze gehört. Aber auch in der Anwendung neu entwickelter Produkte hat Deutschland erhebliche Probleme. Zwar werden hierzulande sehr viele Patente entwickelt und angemeldet, aber gebaut werden neue Produkte oft dort, wo es ein freundlicheres unternehmerisches Umfeld und stärker entwickelte Finanzmärkte, insbesondere mehr Wagniskapital, gibt.

Schließlich muss sich Deutschland auf die ökonomischen Auswirkungen des demographischen Wandels vorbereiten, um eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung sicherzustellen. Natürlich ist es zu begrüßen, dass die allgemeine Lebenserwartung steigt. Bei niedriger Geburtenrate bedeutet dieser Trend aber steigende Sozialausgaben bei gleichzeitig fallendem Anteil der Erwerbsbevölkerung. Damit gera-

ten das Potentialwachstum und die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen unter Druck.

Schon jetzt sinkt die Bevölkerung Deutschlands. Zurzeit kommen auf jeden Renten- und Pensionsbezieher rund vier Personen. Ohne Anpassungen in der Erwerbsstruktur reduziert sich dieses Verhältnis zur Mitte dieses Jahrhunderts auf 1 zu 2. Gleichzeitig würde das durchschnittliche volkswirtschaftliche Wachstum fast halbiert. Dringende Maßnahmen sind deshalb erforderlich, den demographischen Wandel beherrschbar zu machen. Hierzu zählen:

- Erstens die weitere Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und der Sozialversicherungen, um die nachhaltige Finanzierbarkeit trotz alternder Bevölkerung sicherzustellen. Trotz erfreulicher Fortschritte in den letzten Jahren bleibt Deutschland noch von dem Mittelfristziel eines ausgeglichenen Haushalts im Durchschnitt eines Konjunkturzyklus, d.h. von einem konjunkturbereinigten Haushaltsausgleich, ein ganzes Stück entfernt. Dieses Mittelfristziel impliziert übrigens, was in Deutschland oft vergessen wird, dass der Haushalt einen Überschuss aufweisen sollte, wenn der output gap positiv wird. Auch müssen alle Sozialversicherungssysteme im Hinblick auf die absehbare demographische Entwicklung »zukunftsicher« gemacht werden.
- Zweitens muss die Erwerbsbeteiligung insgesamt, aber insbesondere von Frauen und älteren Arbeitnehmern weiter erhöht werden. Zwar hat sich zuletzt die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer deutlich erhöht. Bei der Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen sind andere EU-Mitgliedsländer jedoch weitaus erfolgreicher als Deutschland. Hier ist der geplante Ausbau der Kinderbetreuung ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Die Kommission hat in ihrem letzten Fortschrittsbericht zur Umsetzung der Lissabon-Reformen, Deutschland dazu aufgefordert, die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen weiter zu verbessern. Inzwischen ist die stufenweise Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre beschlossen worden. Die jüngsten Maßnahmen zur Gesundheitsreform dürften zu mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen führen und dadurch ebenfalls die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen steigern.

Nach Berechnungen der Kommission könnte Deutschlands Wachstumspotential mithilfe eines umfassenden Reformprogramms innerhalb der nächsten zehn Jahre um rund 1/2% bis gut 1% ansteigen und damit zu den anderen EU-Mitgliedstaaten oder gar zur US-Wirtschaft aufschließen. Eine gebündelte Umsetzung weiterer Arbeitsmarktreformen sowie Maßnahmen zur Stärkung des Wettbewerbs und zur besseren Nutzung des hohen Innovationspotentials der deutschen Wirtschaft wären hierfür aber unerlässlich.

Zusammenfassung

Die Reformen und Anstrengungen der letzten Jahre – insbesondere Lohnzurückschaltung, Unternehmensanpassungen, erste Arbeitsmarktreformen – haben auf der einen Seite dazu geführt, dass die deutsche Wirtschaft heute strukturell besser positioniert ist als noch vor wenigen Jahren. Sie kann daher in hohem Maße am weltweiten Aufschwung teilnehmen. Positiv ist auch, dass mit der Reform der Unternehmensteuern und der Senkung der lohnbezogenen Abgaben die deutsche Steuerstruktur wachstumsfreundlicher gestaltet worden ist, wenngleich das Gesamtsystem weiterhin zu kompliziert ist.

Die erfreuliche aktuelle Entwicklung sollte aber andererseits nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Potentialwachstum Deutschlands niedrig ist und durch die demographische Entwicklung weiter sinken wird. Weitere Reformen sind daher unabdingbar. Der Wandel durch Globalisierung, demographische Entwicklungen und Innovationen wird weitergehen. Versuche, ihn aufzuhalten, würden den Lebensstandard gefährden. Dabei kann der Wandel so gestaltet werden, dass die Bevölkerung ihn akzeptiert; andere europäische Länder zeigen dies.

Es liegt vorrangig an der Politik, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Je schneller dies gelingt, desto besser werden die Chancen des Standorts Deutschland auch längerfristig sein.

Literatur

Directorate-General for Economic and Financial Affairs, European Commission (2007a), *Country Study: Raising Germany's Growth Potential*, European Economy Occasional Papers No. 28, Brussels, February.
Directorate-General for Economic and Financial Affairs, European Commission (2007b), *Economic Forecast Spring 2007*, European Economy, No. 2, Bussels.